

Wirtschaftspolitische Argumentation der IG Metall zur Tarifrunde um Angleichung der Arbeitszeit in Ostdeutschland

In der Diskussion um die Forderung der IG Metall nach Angleichung der Wochenarbeitszeit wird hier und da argumentiert, das „könnten sich die Betriebe nicht leisten“, die IG Metall trage hier gar zum „Untergang“ der verbliebenen ostdeutschen Betriebe bei. Hier soll deshalb die wirtschaftspolitische Argumentation der IG Metall zusammengefasst dargestellt werden.

Nach welcher Regel sollten Spielräume für Angleichungsschritte ermittelt werden?

Die Einkommensunterschiede zwischen Ost und West sind deutlich. Allein als ermutigendes Signal gegen die hohe Abwanderung wären Angleichungsschritte wichtig. Deshalb haben sich alle politischen Parteien für die Angleichung der Ost-West-Einkommen ausgesprochen. Angleichungsschritte wären zweifellos bedenklich, wenn sie nur politisch, nicht ökonomisch begründet wären. Diese entscheidende ökonomische Bedingung ist aus Sicht der IG Metall erfüllt.

In bundesweit laufenden Tarifrunden ist die Ermittlung des verteilungsneutralen Spielraums relativ einfach: die Summe aus Inflationsausgleich und erwarteter gesamtwirtschaftlicher Produktivitätssteigerung gibt den Maßstab vor. Die Beseitigung von Tarifunterschieden innerhalb eines Landes muss sich im Prinzip an den selben gesamtwirtschaftlichen Grenzen orientieren, im Falle der Ost-West-Angleichung also an der Produktivitätsentwicklung der neuen Bundesländer im Vergleich zu den alten Bundesländern.

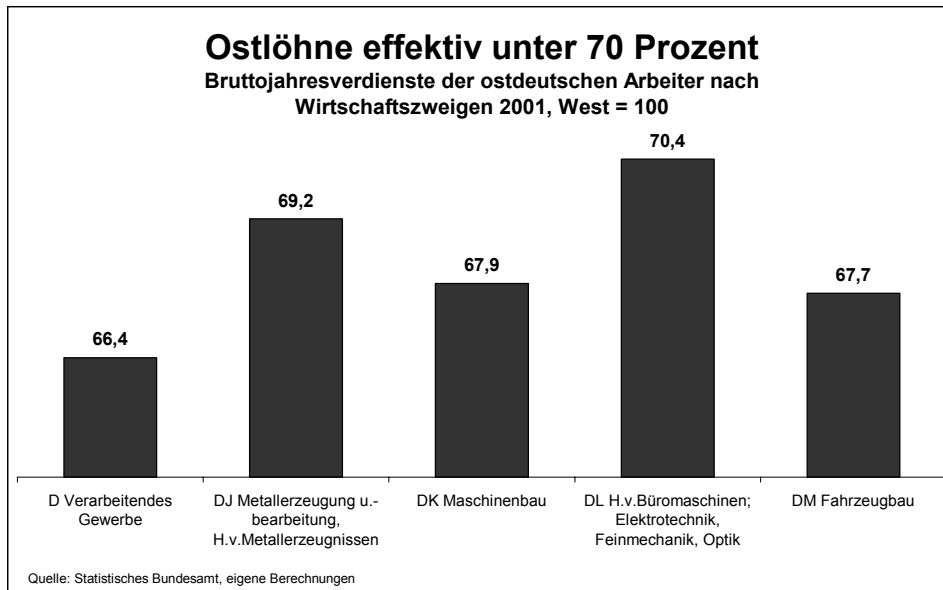
Die IG Metall ist hier der Auffassung, dass nicht die Produktivitätsentwicklung der Gesamtwirtschaft maßgeblich ist, sondern jene in der Industrie. Begründung: die hohen Minusraten der ostdeutschen Bauindustrie (bis zu 12 Prozent minus) verzerren den gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt und machen ihn für Leistungsvergleiche unbrauchbar. Darum wechselt die IG Metall innerhalb der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf die nächstniedrige Basis, das Verarbeitende Gewerbe, das die gesamte Industrie und auch weite Teile des Handwerks umfasst.

Zu betrachten sind Veränderungsdaten der Produktivität und Lohnstückkosten im Ost-West-Niveauvergleich. Zunächst aber ein Blick auf die Realität der Verdienste in Ost und West.

Löhne, Gehälter, Arbeitszeiten

Im Jahr 2001 verdienen die ostdeutschen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie etwa 73 bis 75 Prozent des westdeutschen Niveaus, mit Ausreißern nach unten (Angestellte in der Automobilproduktion, 69 Prozent) wie nach oben (Arbeiter in Rundfunk-, Fernseh-, Nachrichtentechnik, 84 Prozent). Der Unterschied beläuft sich auf 5.000 bis 10.000 € pro Jahr.

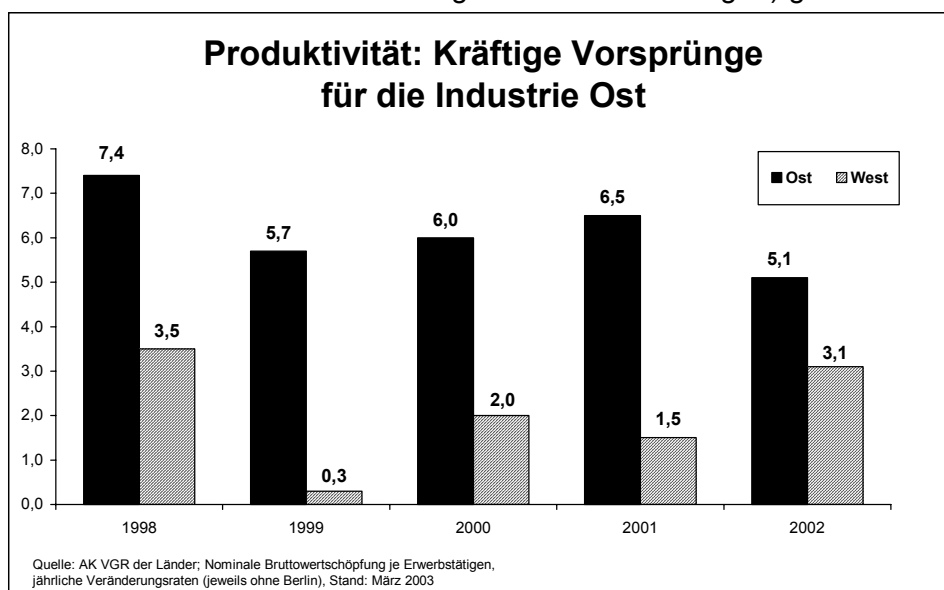
Diese Angaben gelten "pro Kopf". Da die Arbeitszeit der ostdeutschen Beschäftigten um 7 bis 8 Prozent länger ist (in der Automobilproduktion *effektiv* sogar um mehr als 16 Prozent), liegt der ökonomisch genauere Vergleichswert der **Effektivverdienste je Stunde nur bei 65 bis 67 Prozent**.



Tariflich sind Löhne und Gehälter weitgehend angepasst, ein gravierender Unterschied besteht in der Metall- und Elektroindustrie nur noch bei der Wochenarbeitszeit. Über 90 Prozent beim Tariflohn, unter 70 Prozent beim tatsächlich gezahlten Effektivlohn - das ist nicht unbedingt ein Widerspruch, mitnichten ist dies Ausdruck der vielbeschworenen „Verbandsflucht“. Der größere Anteil des effektiven Lohngefälles beruht auf der in Ostdeutschland geringen Lohnkraft: angesichts der hohen Arbeitslosigkeit werden in sehr viel geringerem Ausmaß als im Westen übertarifliche Löhne und Gehälter gezahlt. Daneben fallen die Abweichungen nach unten ins Gewicht, die sich durch tariflich vereinbarte Härtefallregelungen oder aber das Unterlaufen tariflicher Löhne und Gehälter ergeben.

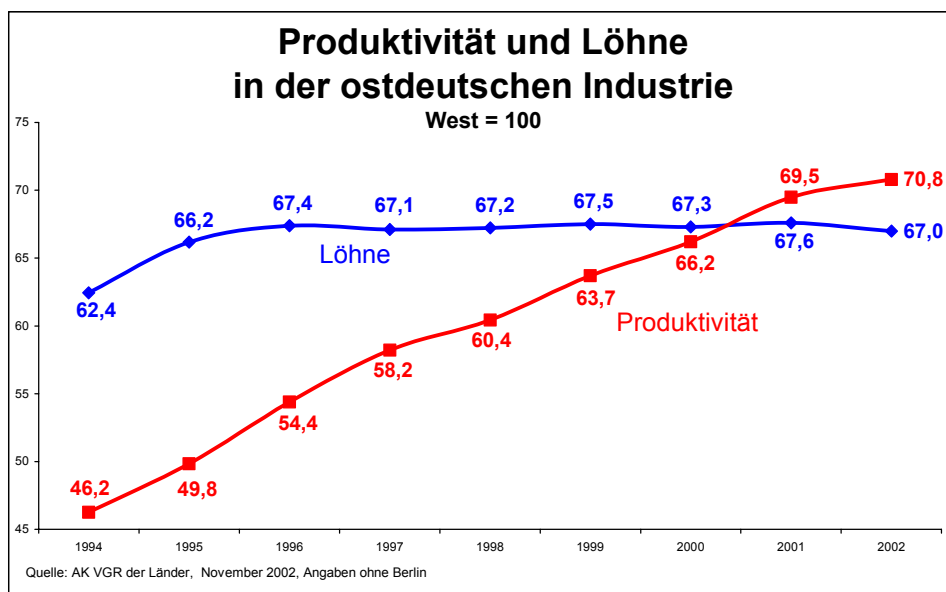
Produktivität

Die Produktivität kann entweder am Umsatz (Industriestatistik; Vorteil: detailliertere Branchengliederung, sehr viel aktueller) oder an der Bruttowertschöpfung (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Vorteil: exaktere Messung der erwirtschafteten Leistung, Herausrechnen besonders der zugekauften Vorleistungen) gemessen werden. Für



die Ermittlung von Finanzierungsspielräumen für die Tarifpolitik bezieht sich die IG Metall auf die Bruttowertschöpfung (s. o.).

Welche Basis auch immer - eine Feststellung stimmt unbestreitbar: Die Lohnkosten sind in der ostdeutschen Industrie sehr viel geringer gestiegen als die Produktivität. Die Wachstumsvorsprünge bei der Produktivität gegenüber Westdeutschland sind stabil. Jahr 2001: Ost +6,5 Prozent; West +1,5 Prozent. Jahr 2002: Ost +5,1 Prozent; West +3,1 Prozent. Sie betragen im Mittel der letzten fünf Jahre 4,1 Prozent. Die Entwicklung in 2003 und 2004 wird ähnlich verlaufen.



Im Durchschnitt liegt die Produktivität nach Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung bei 70 Prozent des westdeutschen Niveaus (Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in der Industrie). Nach Industriestatistik liegt die durchschnittliche Produktivität pro Arbeitsstunde in der Metall- und Elektroindustrie bei 73 Prozent.

Die Produktivität wäre im Durchschnitt deutlich höher, wenn die ostdeutsche Industrie genauso zusammengesetzt wäre wie die westdeutsche. Besonders der geringe Anteil großer Unternehmen schlägt durch und drückt den Durchschnitt. **Die Betriebe mit mehr als 200 Beschäftigten erreichten laut Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) schon im Jahr 2000 mehr als 90 Prozent der westdeutschen Vergleichswerte.** In den (wenigen) großen Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten war die Umsatzproduktivität der ostdeutschen Betriebe sogar höher als jene der westdeutschen Betriebe. Dennoch erscheint als statistischer Mittelwert der Umsatzproduktivität je Stunde nur 73 Prozent. Die Erklärung liegt auf der Hand: Fast jeder dritte westdeutsche Industriebeschäftigte arbeitet im Großbetrieb mit mehr als 1.000 Beschäftigten - aber nicht einmal jeder zwölfte ostdeutsche Kollege. Bei gleicher Betriebsgrößenstruktur läge die durchschnittliche Produktivität der ostdeutschen Industrie „pro Kopf“ bereits für das Jahr 2000 bei 95 Prozent, errechnete das IWH.

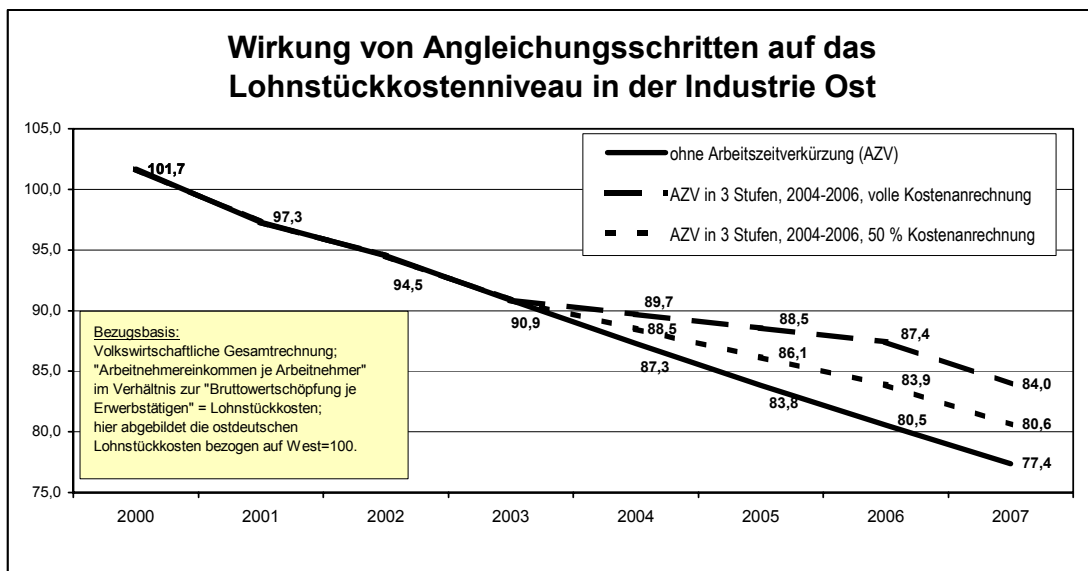
Lohnstückkosten

Lohnkosten- oder Produktivitätsvergleiche sagen für sich allein genommen noch nichts über konkurrenzfähige Rentabilität eines Standortes aus, das lässt sich erst durch das Verhältnis der beiden Größen feststellen: die **Lohnstückkosten**, und zwar nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Sie bilden für die IG Metall eine entscheidende Größe wenn es darum geht, die Finanzierbarkeit von Angleichungsschritten zu hinterfragen.

Bei schnell gestiegener Produktivität und gering gestiegenen Lohnkosten sinken die Lohnstückkosten in der ostdeutschen Industrie seit Jahren. Sie liegen seit 2001 schon unter dem westdeutschen Vergleichswert. 2002 ging der ostdeutsche Vergleichswert auf 94,5 Prozent zurück. Schon 2004 werden die Lohnstückkosten mehr als 10 Punkte unter dem westdeutschen Niveau liegen - und der Trend wird sich fortsetzen.

Wegen eines Lohnkostenvorteils diesen Umfanges wird es nicht zu massenhaften Betriebsverlagerungen in Richtung der neuen Länder kommen. Aber in ohnehin anstehenden Standortentscheidungen, auch bei Vergabe von Lohnfertigungen, fällt der ostdeutsche Lohnkostenvorteil natürlich ins Gewicht. Auch die IG Metall hält es angesichts der ostdeutschen Arbeitsplatzlücke für sinnvoll, die ostdeutschen Lohnstückkosten unter westdeutschem Niveau zu halten. Ein Abstand von 5 bis 10 Prozent - wie er heute bereits erreicht ist - erscheint sinnvoll.

Wenn das Verhältnis der Lohnstückkosten zwischen zwei Gebieten gleich bleiben soll, dann müssen in dem Gebiet mit stärkerer Produktivitätsentwicklung auch die Löhne in selbem Maße stärker steigen. Für die Industrie Ostdeutschlands bedeutet dies, dass tarifliche Anpassungsschritte zu vereinbaren sind. Andernfalls wird das Lohnstückkostengefälle noch steiler.



Konkrete Kostenauswirkungen der IG Metall-Forderung

Die tarifliche Angleichung der Wochenarbeitszeiten verteuert die ostdeutschen Löhne nominal um 8,6 Prozent. Ein Teil dieser Verteuierung - erfahrungsgemäß bis zur Hälfte - wird bereits im Zuge der Umsetzung der Verkürzung durch Produktivitätsgewinne kompensiert.

Selbst wenn man diesen Effekt außer Acht lässt, wären die Kosteneffekte einer Arbeitszeitverkürzung in Ostdeutschland innerhalb von zwei bis drei Jahren kompensiert, ohne das erreichte Lohnstückkostenniveau zu verändern.

Die Rechnung gestaltet sich wie folgt:

- 8,6 Prozent Verteuerung;
- verteilt auf Jahresschritte à 4,1 Prozent (durchschnittliche Produktivitätsvorsprünge gegenüber Westdeutschland);
- sind in gut zwei Jahren kompensiert.

Ohne Frage ist die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland schlechter als in den alten Bundesländern. Dies ist jedoch kein Argument für eine besondere regionale Lohnzurückhaltung in der Industrie. Die schlechten gesamtwirtschaftlichen Werte sind schlechte Durchschnittswerte, die durch den Absturz der Bauwirtschaft begründet sind. Die sinnvolle Bezugsgröße zur Ermittlung von Finanzierungsspielräumen in Ost- gegenüber Westdeutschland ist deshalb nicht der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt, sondern die Produktivitätsentwicklung der Industrie. Hier ist der beschriebene kräftige Aufholprozess gegenüber Westdeutschland festzustellen. Die Finanzierungsspielräume für Angleichungsschritte sind vorhanden, ohne die industrielle Verteilungsneutralität anzugreifen und ohne die Wettbewerbsposition der ostdeutschen Unternehmen in Frage zu stellen.

Ein Wort zum Zeitpunkt:

Ein häufig vorgetragenes Argument lautet, eine tarifliche Anpassung komme konjunkturell zur Unzeit. Dabei wird ignoriert, dass die IG Metall niemals eine „schockartige“ Angleichung in einem großen Schritt gefordert hat. Gefordert wird ein mehrjähriger Stufenplan. Für wirtschaftlich schwächere Unternehmen soll es auch nach IG Metall-Vorstellungen längere Fristen für die Einführung geben.

Die tarifliche Angleichung ist keine konjunkturelle, sondern eine strukturelle, grundsätzliche Entscheidung - die selbstverständlich wirtschaftlich verantwortbar sein muss.

Argumente für Lohnanpassungsschritte in Ostdeutschland:

- Ausschöpfen verteilungsneutraler Spielräume; kein weiterer Verzicht auf Kaufkraft der ostdeutschen Arbeitnehmerinkommen.
- Wahrung der Kostenposition der ostdeutschen Unternehmen durch Beachtung der Lohnstückkosten-Balance.
- Gerechtigkeit innerhalb des Landes, innerhalb der Branche und zwischen Unternehmensstandorten.
- Verhinderung negativer Preisspiralen durch Unterbietungskonkurrenz sogar innerhalb des Landes; Produktionsverlagerungen, die offensichtlich nur das vorhandene Lohngefälle ausnutzen, finden sich zum Beispiel in der Textilindustrie, wären aber bei stagnierender Anpassung auf längere Sicht auch in technologisch anspruchsvolleren Branchen zu erwarten.
- Verbesserung der Perspektiven für den dringend benötigten Fachkräftenachwuchs und Motivation gegen weitere Abwanderungstendenzen.